



Personen-Suchergebnisse: Niekisch Ernst

23. Mai 1889 – Ernst Niekisch wird im schlesischen Trebnitz geboren

Trebnitz * Ernst Niekisch wird im schlesischen Trebnitz geboren.

8. November 1918 – Augsburg wählt einen Arbeiter- und Soldatenrat

Augsburg * Der Redakteur der sozialdemokratischen Schwäbischen Volkszeitung, Ernst Niekisch, informiert in aller Frühe die Führer der örtlichen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Vorgänge in München. Da sich keiner der Angesprochenen traut in die Kasernen zu gehen und sich an die Spitze der Revolution zu stellen, begibt sich Niekisch zum Augsburger Divisionskommandeur. Die Ausweglosigkeit seiner Situation erkennend, lässt er Niekisch einen Provisorischen Soldatenrat wählen. Und weil die Augsburger Mehrheitssozialdemokraten inzwischen von der Standfestigkeit der neuen Regierung überzeugen konnten, berufen sie eine Massenveranstaltung der Arbeiter ein, auf der Ernst Niekisch zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats gewählt wird.

12. November 1918 – Ein zitternder Herzog von Braunschweig und Lüneburg

Augsburg * Ernst August III. Herzog zu Braunschweig und Lüneburg und Prinz von Hannover hat es nach seiner Abdankung am 8. November 1918 mit seiner Familie nach Augsburg verschlagen. Er lebt in materieller Not in einem Hinterhof. Da er als Ortsfremder keine Lebensmittelkarten erhält, bekommt er auf seine vorsichtige Anfrage vom Arbeiter- und Soldatenrat die Auskunft, dass er sich wie jeder andere Bürger bei der Behörde anmelden und seine Lebensmittelkarte persönlich abholen kann. Herzog Ernst August III. spricht daraufhin persönlich beim Vorsitzenden des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats, Ernst Niekisch, vor: „Er zitterte am ganzen Körper, im buchstäblichen Sinn des Wortes klapperte er mit den Zähnen. Ich beruhigte ihn, niemand wolle ihm oder seiner Familie etwas zuleide tun. Ich händigte ihm die Lebensmittelkarten aus.“

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten,



Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken

München * Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied



es Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.“ Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse“ - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern herrschen?

28. Februar 1919 – Verhaftungen aus dem Sitzungssaal heraus

München-Kreuzviertel * Noch vor der Abstimmung werden die Delegierten Max Levien, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Michael Cronauer und Wilhelm Reichart von der SPD-nahen und von Innenminister Erhard Auer errichteten Republikanischen Schutztruppe aus dem Sitzungssaal heraus verhaftet. Ernst Niekisch versucht verzweifelt Herr der Lage zu bleiben und erreicht, dass die Verhafteten wenige Minuten später wieder freigelassen werden. Die Verantwortung für die unübersichtliche Situation übernimmt schließlich der Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer.

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte (!) Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und



Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

17. März 1919 – Johannes Hoffmann (SPD) einstimmig zum Ministerpräsidenten gewählt

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag tritt unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen zu seiner ersten Sitzung seit dem 21. Februar zusammen. Die Abgeordneten müssen nacheinander vier Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen über sich ergehen lassen. Eine neue Regierung unter dem Vorsitz des Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann wird eingesetzt und mit einem Ermächtigungsgesetz mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet. Johannes Hoffmann wird auf der Basis des noch von Kurt Eisner vorbereiteten Vorläufigen Staatsgrundgesetzes vom 17. März 1919 zum Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern gewählt. Er wird deshalb auch als erster parlamentarischer, also vom Vertrauen des gewählten Landtags getragener Ministerpräsident bezeichnet. Aus diesem Grund ist - bis zum heutigen Tag - in der Bayerischen Staatskanzlei in der Galerie der Ministerpräsidenten kein Bild von Kurt Eisner aufgenommen worden. Der Landtag nimmt das vorläufige Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern an. Darunter das Gesetz über die Aufhebung des bayerischen Adels.

18. März 1919 – Niekisch: Die demokratisch-parlamentarische Republik ist hergestellt

München * Durch die Regierungsbildung ist - nach einer späteren Aussage des Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch - seine „Mission als Träger der obersten Gewalt zu Ende“. Mit der Verabschiedung des vorläufigen Staatsgrundgesetzes ist „formal die demokratisch-parlamentarische Republik verfassungsmäßig hergestellt“.

3. April 1919 – Die Forderungen nach einem Räteresystem werden wieder lauter

Augsburg * Seit Ende März werden die Forderungen nach einem Räteresystem wieder lauter. Das tritt deutlich hervor, als der Vorsitzende des Zentralrats, Ernst Niekisch, auf der großen Räteversammlung in Augsburg eine Rede zum Thema „Die zweite Revolution“ hält. Niekisch spricht sich zwar für ein Räteresystem aus, hält aber den Zeitpunkt für seine Einführung für noch nicht gekommen. Letztlich verteidigt er die Bildung der parlamentarischen



Regierung. In der sich dem Referat anschließenden lebhaften Diskussion wird hauptsächlich von Vertretern der USPD die Ausrufung einer Räterepublik gefordert. Ein entsprechender Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Zudem wird ein Bündnis mit den Sowjetrepubliken Ungarns und Russlands gefordert. Um einen Ausweg aus der Bedrängnis zu finden, schlägt Niekisch die Bildung einer Kommission vor, die ihn nach München begleiten und die Forderungen im Ministerrat vortragen soll.

4. April 1919 – Der Zentralrat ist gegen die Einberufung des Landtags

München * Der Zentralrat spricht sich gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, den Landtag am 8. April erneut einzuberufen, aus, nachdem er es aus der Presse erfahren hatte. Er teilt dies dem Ministerrat mit und droht mit einem Generalstreik, falls der Landtag doch zusammentreten sollte. Die anwesenden Minister lehnen jetzt die Einberufung des Landtags ab, obwohl sie am Vortag keine Bedenken geäußert hatten. Nachdem die Münchner Garnison erklärt, dass sie nicht zum Schutz des Landtags zur Verfügung stehen wird, entscheidet sich der Ministerrat mehrheitlich gegen eine Einberufung des Landtags.

4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik

München-Kreuzviertel * Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.

4. April 1919 – Eine weitere geheime Beratung zur Räterepublik

München-Maxvorstadt * Um 22 Uhr findet eine erneute Besprechung im Militärministerium in der Ludwigstraße statt. Diesmal ist der Personenkreis auf 100 bis 150 angewachsen. Der Bauernführer Karl Gandorfer erklärt unter welchen Bedingungen die Bauern der Einführung eine Räterepublik zustimmen können. Die verspätet eintreffende Delegation der KPD will diese Form der Räterepublik nicht anerkennen, da die Massen selbst über die Räterepublik entscheiden müssten. Die Haltung der Kommunisten ruft Erstaunen hervor, weil sie bislang die Räterepublik am lautesten forderten. Auch jetzt werden noch keine Beschlüsse



gefasst. Die geheime Zusammenkunft wird durch den Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch geleitet. Er befindet sich in einem Dilemma, denn einerseits befürwortet er den Rätegedanken, andererseits will er im Interesse von Ruhe und Ordnung die Räterepublik verhindern. Zur Überraschung aller erklärt ausgerechnet Johannes Hoffmanns Stellvertreter Ernst Schnepfenhorst, dass er eine Räterepublik zum jetzigen Zeitpunkt für die beste aller Lösungen hält. Der bayerische Militärminister will zwei Tage Bedenkzeit, um die Frage der Räterepublik mit der SPD-Parteibasis zu besprechen. Welche Motivation liegt hinter Schnepfenhorsts Vorschlag? Sein Hauptziel ist die Machterhaltung der SPD. Zudem will er die Kommunisten unter seine Kontrolle bringen. Er möchte den Räten ihre eigene Regierungsunfähigkeit vor Augen führen, um sie dann, mit einem Militärputsch der Münchner Garnison, die er wenigstens teilweise in der Hand hat, schnell und möglichst schmerzlos zu beseitigen. Er und die Regierung Hoffmann wollen die Räte nicht nur schnell, sondern vor allem in eigener Regie, ohne die von Noske und Epp angebotenen außerbayerischen Freikorps und Regierungstruppen, loswerden.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais - mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates - die Proklamation der Bayerischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3.



Revolution, als Räterepublik des Zentralrats oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

8. April 1919 – Ernst Niekisch überlässt Ernst Toller die Leitung des Zentralrats

München * Es fehlt der Räterepublik Baiern ein klares Regierungsprogramm. Entscheidungen werden individuell getroffen. Diese widersprechen sich teilweise oder heben sich sogar gegenseitig auf. Ernst Niekisch, der Vorsitzende des Revolutionären Zentralrats, gibt schon am zweiten Tag völlig entnervt auf. Der 25-jährige Anarchist und Schriftsteller Ernst Toller wird sein Nachfolger.

18. April 1919 – Ernst Niekisch geht zurück nach Augsburg

München - Augsburg * Ernst Niekisch zieht sich aus der Politik in München zurück und verlässt die bayerische Landeshauptstadt in Richtung seiner Heimatstadt Augsburg.

18. April 1919 – Ernst Niekisch bezeichnet Ernst Toller als gänzlich unfähig

München * Ernst Niekisch notiert über Ernst Toller in sein Tagebuch: „Toller: junger, eitler, ehrgeiziger Student, Judenbengel, der aber voller Zerknirschtheit und gänzlich unfähig ist.“

5. Mai 1919 – Ernst Niekisch wird verhaftet

Augsburg * Ernst Niekisch wird in seiner Augsburger Wohnung verhaftet. Die Zeit bis er abgeführt wird nutzt er, um aus der SPD auszutreten und in die USPD einzutreten.

23. Juni 1919 – Ernst Niekisch zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt

München * Ernst Niekisch wird wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft



verurteilt.

23. Mai 1967 – Ernst Niekisch stirbt in West-Berlin

Berlin * Ernst Niekisch stirbt in West-Berlin.
